

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Stadtratskolleginnen und Kollegen,
werte Mitarbeiter der Verwaltung der Stadt Amberg und deren Tochterunternehmen,
werte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Amberg,

der Haushaltsentwurf 2022 und die Finanzplanung 2023 bis 2025 wurden von der Verwaltung erarbeitet, im Hauptausschuss vorberaten und stehen heute zur Beschlussfassung im Stadtrat an. Aus Sicht der ÖDP dazu einige Anmerkungen:

Klimakatastrophe:

Meine Damen und Herren, auch wenn derzeit die Corona-Pandemie und der Kampf gegen die vierte Welle die Schlagzeilen der Berichterstattung beherrschen, darf der Klimaschutz nicht von der politischen Agenda verschwinden. In diesem Sommer wurde Deutschland mit den Folgen der drohenden Klimakatastrophe konfrontiert. Der Begriff „Klimakatastrophe“ ist bewusst gewählt, weil „Klimawandel“ für die prognostizierten Zukunftsszenarien viel zu verharmlosend ist. Die Flutkatastrophe in NRW und Rheinlandpfalz als Folge eines Extremwetterereignisses hat über 180 Menschen das Leben gekostet und Sachschäden in Höhe von 30 Milliarden Euro verursacht. Diese Katastrophe ereignete sich nicht in fernen Ländern auf fernen Kontinenten, sondern hier bei uns mitten in Deutschland. Ja, ich weiß, auch früher gab es extreme Wetterereignisse, aber die Wissenschaft ist sich einig, dass die signifikante Häufung von Extremwetter durch die menschengemachte Klimaveränderung verursacht wird. Nur zum Vergleich und zur Dimension des Schadens: Der gesamte Staatshaushalt des Freistaats Bayern 2021 beläuft sich auf 71,4 Milliarden Euro, die verursachte Schadenssumme von 30 Milliarden Euro entspricht also ca. 42 % des diesjährigen bayerischen Staatshaushaltes. Allein vor diesem Hintergrund müssten überall die Alarmglocken schrillen, von den vielen Todesopfern ganz zu schweigen.

Klimaschutz erfordert die Energiewende:

Unsere Klimamanagerin, Frau Loewert, hat in der letzten Stadtratssitzung am 22.11.2021 den Klimaschutzbericht 2020 für die Stadt Amberg vorgestellt. Die Bilanz ist ernüchternd, auf vielen Handlungsfeldern wurden die im integrierten Klimaschutzkonzept prognostizierten Einsparpotentiale an Treibhausgas(THG)-Emissionen nicht erreicht. Die Reduzierung der THG erfordert den Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung (Kohle, Erdgas und Erdöl) und die Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien durch Windkraft und Photovoltaik. Selbstverständlich ist der ÖDP-Fraktion bewusst, dass die kommunale Ebene, deren Teil die Stadt Amberg ist, die Energiewende nicht allein umsetzen kann. Der Bund und der Freistaat müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Energiewende schaffen.

Der Bund muss die steuerprivilegierten Klimakiller wie Dienstwagenrabatt, Dieselbonus und Pendlerpauschale abschaffen und die Umstellung auf 100 % EE gesetzlich festschreiben. Sämtliche EE-Ausbaudeckel sind zu streichen, wir brauchen wieder feste Vergütungen für den Strom aus EE-Anlagen, das Ausschreibungsverfahren muss beendet werden, weil dadurch die ganzen Bürgerenergiegenossenschaften von der Beteiligung an der Energiewende faktisch ausgeschlossen werden. Die Solarpflicht bei allen Neubauten muss kommen, und

zwar in ganz Deutschland und nicht nur in Amberg. Eigenverbrauch und Mieterstrommodelle müssen erleichtert werden. Wir brauchen ein EEG 2.0 – das derzeitige EEG hat man mit voller Absicht zu einem Bürokratiemonster und EE-Verhinderungsgesetz aufgeblasen.

Auch der Freistaat ist in der Pflicht. Nachdem zwischenzeitlich wissenschaftlich erwiesen ist, dass auch der bayerische Wind zur Stromerzeugung geeignet ist (kleiner Scherz am Rande), muss auch in Bayern die Windkraft wie im Rest des Bundesgebietes ausgebaut werden, d. h. 2 Prozent der Landesfläche müssen als Vorranggebiet für Windkraft ausgewiesen werden und die 10H-Regelung gehört abgeschafft. Lieber Dr. Matthias Schöberl, liebe Damen und Herren der CSU-Fraktion, ich kann feststellen, dass die CSU-Fraktion Amberg in Sachen Windkraftnutzung wesentlich weiter ist als die Landes-CSU. Lieber Matthias, da ist ein Anruf in München im Franz-Josef-Strauß-Haus angezeigt. Bei PV-Freiflächenanlagen brauchen wir keine zusätzlichen Ausgleichsflächen, wenn der Eingriffsausgleich in der Anlage selbst erfolgt. Das ist immer dann der Fall, wenn eine landwirtschaftlich intensiv genutzte Fläche durch Begrünungsmaßnahmen und verbesserte Habitatsstrukturen auf einer PV-FFA ökologisch aufgewertet wird, wie zum Beispiel bei der Anlage am Postweiher.

Die Energiewende bietet die Chance, unsere Energieversorgung dezentraler und damit resilienter zu organisieren und die Wertschöpfung vor Ort bei den Bürgerinnen und Bürgern zu halten. Leider sind starke Tendenzen erkennbar, auch die Umstellung auf EE zentral zu organisieren. Damit würde sich Deutschland in Bezug auf die Energieversorgung erneut von Drittstaaten abhängig machen, nur die Staaten würden sich ändern, streiche Rußland mit Nordstream II, setze Chile Stichwort deutsch-chilenische Task-Force Wasserstoff, aber das Prinzip zentraler Energiestrukturen bliebe gleich: Geld aus vielen kleinen Geldbeuteln wandert in wenige große Konzern-Geldbeutel. Eine dezentrale Energieversorgung lenkt die Euronen-Wanderung von vielen kleinen Geldbeuteln zurück in viele kleine Geldbeutel vor Ort. Erstaunlich, dass der Zusammenhang zwischen der aktuellen Energiepreissteigerung und der Abhängigkeit von zentralen Versorgungsstrukturen vollkommen ignoriert wird und sich abermals wenige Konzerne die Taschen voll machen können.

Energiewende in Amberg:

Im Klimaschutzbericht 2020 werden die Zahlen genannt. Amberg hat einen Jahresstromverbrauch von 280 GWh, 70 Prozent davon benötigen Industrie und Gewerbe, 30 Prozent Privathaushalte. Welche Möglichkeiten zur Stromerzeugung haben wir in Amberg und im Landkreis Amberg-Sulzbach? Den Landkreis beziehe ich ganz bewusst mit ein in die Betrachtung, schließlich haben wir ein interkommunales Klimabündnis. Mit Photovoltaik kann auf einem Hektar Fläche, unabhängig ob auf einer Dachfläche oder Freifläche, eine Jahresstrommenge von 1 GWh erzeugt werden. Zum Vergleich: Erzeugt man 1 GWh Strom in einer Biogas-Anlage, werden dafür zwischen 75 und 100 Hektar benötigt. Soviel zum Vorwurf, Freiflächenanlagen würden wertvollen Ackerboden belegen, den wir für die Nahrungsmittelproduktion benötigen würden! Warum brauchen wir die Windkraft auch bei uns? Eine Windkraftanlage benötigt eine Fläche von 5.000 m², also 0,5 Hektar und erzeugt wie die neuste Enercon-Anlage E 160 15 GWh Strom bei einem Standort hier in unserem Landkreis, hochgerechnet auf einen Hektar also 30 GWh

Strom. Mit unseren Stadtwerken Amberg haben wir eine hundertprozentige Tochter, die auf dem Feld PV und Windkraft noch deutlich aktiver werden kann. Wie wäre es mit eigenen Windkraftanlagen oder einem kleinen Windpark in der Region mit Bürgerbeteiligungsmöglichkeit?

Wenn wir das Ziel der Ampelkoalition, bis 2030 80 Prozent des Stroms mit EE zu erzeugen, auf Amberg herunterbrechen, benötigen wir innerhalb von 9 Jahren eine Erzeugungskapazität von Windkraft- und PV-Anlagen, mit der wir bilanziell eine Strommenge von 224 GWh produzieren, wobei uns natürlich niemand daran hindert, auch 100 Prozent zu erzeugen.

Wir haben in Amberg auch bereits Best-Practice-Beispiele vorzuweisen. Hier will ich als ein Beispiel unsere Wirtschaftsförderung hervorheben, die 2018 auf dem Gebäude Emailfabrikstraße 13 und 15 eine PV-Dachflächenanlage installiert hat. Diese Anlage erzeugt jährlich 100.000 kWh Sonnenstrom. 40.000 kWh dienen der Klimatisierung des gesamten Gebäudes, 15.000 kWh werden für den eigenen Bürobetrieb benötigt. Ab 2022 werden 25.000 kWh für die eigene E-Mobilität verwendet, der übrige Strom wird in das öffentliche Netz eingespeist. Der geplante Neubau an der Regensburger Straße wird analog ausgerüstet. Derartige Best-Practice-Beispiele müssen Schule machen.

Dazu kommt der Bausektor. Der Bausektor ist der weiße Elefant in der Klimadiskussion. 40 Prozent der Treibhausgas-Emissionen und 50 Prozent des Abfallvolumens in Deutschland werden durch den Bausektor verursacht. Zum Vergleich: Der Flugverkehr ist mit 3 Prozent an den THG-Emissionen beteiligt. Wie kann der Bausektor zum Klimaschutz beitragen? Der Schlüssel liegt im Baustoff Holz. Deshalb hat die bürgerlich-ökologische Gestaltungsmehrheit aus CSU und ÖDP in ihrer Kooperationsvereinbarung festgeschrieben, dass zukünftige städtische Neu-, An- und Umbauten im Hochbau in Holzbauweise ausgeführt werden sollen und auch die städtischen Töchter nachdrücklich aufgefordert werden, verstärkt eigene Hochbauten in Holzbauweise zu realisieren. Wir haben hier erheblichen Nachholbedarf, andere bayerische Kommunen sind da bereits deutlich weiter.

Der Haushalt 2022 und die Finanzplanung 2023 bis 2025:

Die Herausforderungen sind beschrieben, jetzt geht es um das liebe Geld. Letztes Jahr haben wir bei den Haushaltsverhandlungen eine Premiere erlebt. Dass es eine Premiere war, hat mir Kollege Dieter Mußemann ausdrücklich bestätigt. Die Verwaltung hatte bereits einen sparsam kalkulierten HH-Entwurf für 2021 vorgelegt, der allerdings zur Finanzierung eine geplante Netto-Neuverschuldung von knapp 8,5 Mio. Euro vorsah. Die bürgerlich-ökologische Gestaltungsmehrheit aus CSU und ÖDP hat dann in den Haushaltsberatungen ein Einsparvolumen von knapp 2,2 Mio. Euro realisiert, so dass die Neuverschuldung auf 6,3 Mio. Euro begrenzt werden konnte. Dieses Verfahren hat sich in diesem Jahr beim HH-Entwurf 2022 wiederholt, die analogen Zahlen 10,6 Mio. Euro Netto-Neuverschuldung, beschlossene Neuverschuldung 8,7 Mio. Euro, Einsparvolumen 1,9 Mio. Euro. Betrachtet man die beiden Jahre gemeinsam, haben wir die Neuverschuldung um 4,1 Mio. Euro verringert.

Dabei investiert die Stadt Amberg trotz dieser Verringerung der Neuverschuldung. Der Vermögenshaushalt für das Jahr 2021 beläuft sich auf 37,1 Mio. Euro, der Vermögenshaushalt für 2022, den wir heute beschließen wollen, auf 32,9 Mio. Euro,

d. h. in den beiden Jahren ein Gesamtvolumen von 70 Mio. Euro – bei dieser Summe kann man von einem antizyklischem Investitionsverhalten sprechen, wie es in den Ökonomielehrbüchern als idealtypisch beschrieben wird.

Danksagung:

Meine Damen und Herren,
was den Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat angeht, den Dank an die Beschäftigten in der Verwaltung und unseren Tochterunternehmen, an die Medien und an die Stadtgesellschaft insgesamt schließe ich mich meinen Vorrednern vollinhaltlich und vollumfänglich an.

Und ich danke dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion Dr. Matthias Schöberl und den Damen und Herren der CSU-Fraktion für die stets konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesen herausfordernden Zeiten. Als wir unsere Zusammenarbeit vereinbart haben, waren diese finanziellen Herausforderungen noch nicht absehbar. Wir haben aber keine Schönwetter-Zusammenarbeit vereinbart, sondern eine bürgerlich-ökologische Gestaltungsmehrheit, die sich auch in finanziellen Schlechtwetterperioden bewährt und den Beweis für diese Bewährung liefern wir heute erneut ab.

Abstimmung:

Herr Oberbürgermeister! Wie im Hauptausschuss bereits angekündigt, stimmt die ÖDP dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf 2022 ebenso zu wie der Finanzplanung 2023 bis 2025, auch wenn in der Finanzplanung zum Haushaltsausgleich neue Schulden unvermeidlich sind.

Dem Haushalt der Otto-Karl-Schulz-Stiftung einschließlich der Finanzplanung haben wir ja bereits zugestimmt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

gez.
Klaus Mrasek
Fraktionsvorsitzender

Verteiler:

1x CSU-Fraktion
1x SPD-Fraktion
1x Grüne
1x ÖDP
1x FW
1x Amberg bunt
1x FDP

1x Protokoll
1x Presse AZ
1x Presse AN